



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 2 18 31 - 33

Fernschreiber 0 886 800

P/XIV/262 - 17. November 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 4	Godesberg - von Wien aus gesehen Interview mit Benedikt Kautsky über den Außerordentlichen Parteitag der SPD	152
5	Besuch aus Afrika Der Staatspräsident von Guinea in Bonn	43
6 - 7	Fragen, deren Beantwortung dringend notwendig ist Wer half und schützte den SS-Professor Dr. Heyde ?	67
8	Die Kehrtwendung der KP Frankreichs Der gemeinsame Treffpunkt: die Oder-Weißer-Linie Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	40

* * * * *
* * *

Godesberg - von Wien aus gesehen

Benedikt Kautsky über den Ausserordentlichen Parteitag der SPD

Benedikt Kautsky, der Sohn des grossen Lehrmeisters der deutschen Sozialdemokratie Karl Kautsky und Schöpfer des neuen Parteiprogramms der österreichischen Sozialisten, hatte die Freundlichkeit, dem SPD-Pressedienst ein Interview über seine Eindrücke vom Godesberger Parteitag der SPD zu gewähren.

SPD-Pressedienst: Herr Kautsky, Sie haben am Ausserordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg teilgenommen. Können Sie uns sagen, welchen Eindruck dieser Parteitag zunächst ganz allgemein auf Sie gemacht hat?

Dr. Kautsky: Was mich am meisten an diesen Parteitag beeindruckt hat, ist der grosse Ernst der Diskussion und die Tatsache, dass die ganze Diskussion ohne persönliche Spannungen geführt wurde. Es handelt sich hier wirklich um tiefgehende Probleme, die in vollkommener Sachkenntnis eingehendst geprüft und behandelt wurden. Ich hatte Gelegenheit, sowohl an den Vorarbeiten des österreichischen Programms teilzunehmen, wie ich auch von der deutschen Partei eingeladen worden bin, mich an den Vorberatungen des Vorentwurfes zu beteiligen. Ich kann daher beurteilen, wie in beiden Ländern die Tendenz vorgeherrscht hat, die Programme zu erneuern, um der gesamten Öffentlichkeit Aufschluss darüber zu geben, wo sich der Standort der beiden Parteien zur Zeit befindet.

SPD-Pressedienst: Aus dieser Ihrer - wir möchten sagen - doppelten Tätigkeit werden Sie uns sicher sagen können, in welchen Punkten die Gemeinsamkeit der Programme der österreichischen Sozialdemokratie und der deutschen Sozialdemokratie am auffälligsten wird.

Dr. Kautsky: Ich glaube, dass das, was jedem Beobachter der Parteitage und jedem Leser der beiden Programme am meisten auffallen muss, die Tatsache ist, dass im Gegensatz zu den früheren Programmen in beiden Fällen - in Deutschland wie in Österreich - an die Spitze der Programme die Frage der Freiheit und zwar die Frage der Freiheit der Einzelpersonlichkeit im Rahmen der Gemeinschaft gestellt wird. Ich führe das darauf zurück, dass in den vergangenen Jahrzehnten in beiden Ländern die gleichen schmerzlichen Erfahrungen mit Diktaturen gemacht wurden und zwar mit Diktaturen von beiden Seiten. Wir haben beide das

Hitlerreich erlebt, wir haben aber nach dem Hitlerreich die Besetzung durch Russen und den Einfluss kommunistischer Propaganda am eigenen Leibe verspürt.

SPD-Pressedienst: Das ist richtig. Wir haben ja hier bei unserem Parteitag festgestellt, dass auch bei der Erörterung der wirtschaftspolitischen Grundsatzforderungen das Problem der Freiheit des Individuums in der Gesellschaft eine ausserordentlich starke Rolle gespielt hat. War das auch bei der Diskussion über das österreichische Programm der Fall?

Dr. Kautsky: Gewiss, wir haben in diesem Punkt genau dieselbe Problematik, wie sie in Deutschland vorherrscht. Wir haben uns mit dem Problem der Freiheit natürlich zuerst in der Politik, in der Staatsverfassung und Staatsverwaltung beschäftigt und sind hier ebenso wie unsere deutschen Freunde zu der Überzeugung gekommen, dass die Demokratisierung sich im kleinen Kreis zu entfalten hat, dass man nicht nur grosse Einheiten und formale Demokratie im parlamentarischen Sinn zu schaffen hat, sondern dass die Gemeindefreiheit, die Gemeindeverwaltung und Autonomie ein Eckstein jeder echten Demokratisierung sein wird. Wir sind aber ebenso, wie unsere deutschen Freunde, von der Überzeugung durchdrungen, dass eine Demokratie, die nur politisch und juristisch begründet wird, ein Stückwerk bleiben muss, wenn sie nicht ergänzt wird durch die Demokratisierung der Wirtschaft. Und auf diesem Gebiet sind wohl die stärksten Abweichungen von früheren Programmen zu verzeichnen. Wir haben in Österreich ebenso wie in Deutschland nicht mehr die einfache Formel für eine sozialistische Partei als genügend erachtet, dass die Enteignung des Privateigentums an Produktionsmitteln genügt, um den Sozialismus zu verwirklichen. Wir sind vielmehr zu der Überzeugung gelangt, dass das Privateigentum in seiner Funktion einen wesentlichen Wandel erfahren hat. Heute ist der Herr in der Privatindustrie und im Kapitalismus nicht mehr der Eigentümer im Normalfall der heutigen Wirtschaft also der Aktionär, sondern der Manager, der über das Eigentum verfügt, obwohl er selbst vielleicht gar nicht der Eigentümer ist. Infolgedessen ist die blosse Enteignung - und nehmen Sie die Folgen der Verstaatlichung an - nicht mehr ausreichend, um hier neue Ideen, neue Formen zum Durchbruch zu bringen. Das Problem fängt eigentlich erst mit der Enteignung an. Das was kommen muss, ist eine Demokratisierung der Wirtschaft, eine neue Form der Gemeinwirtschaft, die jede Machtzusammenballung unmöglich macht, die an der Stelle der Machtzusammenballung echte Demokratisierung der Wirtschaft setzt.

SPD-Pressedienst: Mit der Forderung, dass die Freiheit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens verwirklicht werden muss, stellt sich gleichzeitig die Frage nach der Verteidigung der Freiheit. Sie haben ja die Diskussion über das Problem der Landesverteidigung miterlebt, und wir würden gern wissen, ob diese sehr schwierige Problematik, die sich aus der besonderen Situation des gespaltenen Deutschlands ergibt, auch auf Ihrem damaligen Programmkongress eine so grosse Rolle gespielt hat.

Dr. Kautsky: Bei uns liegen die Probleme auf diesem Gebiet natürlich wesentlich anders als in Deutschland. Sie sind in mancher Beziehung einfacher, sie sind aber in mancher Beziehung auch wieder schwieriger. Wir haben uns - ebenso wie unsere deutschen Freunde - zum Prinzip der Landesverteidigung bekannt. Wir sind noch einen Schritt weiter gegangen und haben in der Tradition der alten sozialistischen Programme an der allgemeinen Wehrpflicht festgehalten, weil wir nicht das Problem haben, wie es in Deutschland vorherrscht, wo die Gefahr in einem gespaltenen Land besteht, dass zwei Armeen der gleichen Nation einander gegenüberstehen. Wir sind durch unseren Staatsvertrag zur fortdauernden Neutralität verpflichtet. Für uns ist also die Frage, ob wir der einen oder der anderen Machtkombination angehören können, überhaupt nicht aktuell, denn unsere Garantiemächte, die die Sicherstellung der Neutralität zu überwachen haben, würden eine solche Einordnung in ein Machtssystem nicht dulden. Auch bei uns hat es Strömungen gegeben, die eine Landesverteidigung, wie sie ein Kleinstaat, noch dazu ein so schwacher Staat wie Österreich, in der Zeit modernster atomarer Rüstung aufbauen kann, für überflüssig erklärt haben. Wir haben uns trotzdem dazu bekannt, die Landesverteidigung als eine Verteidigung für unsere Freiheit auch auf uns zu nehmen, weil wir glauben, dass unsere Problematik nicht so sehr darin besteht, dass unser Land in einem grossen Krieg ein Schlachtfeld werden könnte, als dass es sich für uns darum handeln kann, dass eines Tages von der einen oder anderen Grenze irgendwelche Verletzungen durch Banden oder Partisanen stattfinden könnten, zu deren Abwehr wir mindestens über ein schlagkräftiges kleines Heer verfügen müssen. Die Frage einer atomaren Rüstung spielt bei uns keine Rolle. Die atomare Rüstung ist bei uns nicht nur verboten, sondern sie würde auch bei uns als völlig überflüssig und sinnlos für einen Kleinstaat abgelehnt werden. Es sind also manche Dinge bei uns, die auf diesem Gebiet völlig anders liegen, aber wir müssen doch auch feststellen, dass im prinzipiellen, d.h. in der Bejahung der Landesverteidigung eine Gleichheit zwischen beiden sozialistischen Parteien besteht.

SPD-Pressdienst: Während die Österreichische Partei ihr neues Programm diskutierte, wurde in der deutschen Öffentlichkeit seinerzeit sehr stark die Entwicklung der Stellungnahme zu den Kirchen beachtet. Auch hier wurde auf unserem Parteitag eine unseres Erachtens sehr beachtliche Aussage zum Verhältnis Sozialdemokratie und Kirchen gemacht. Können Sie uns sagen, in welchen entscheidenden Fragen hier eine Übereinstimmung zwischen dem Programm der Sozialdemokratie Österreichs und der deutschen Sozialdemokratie jetzt besteht?

Dr. Kautsky: Auch auf diesem Gebiet bestehen zwischen Deutschland und Österreich im Tatsächlichen gewisse Unterschiede. Österreich ist ein so gut wie rein katholisches Land, während in Deutschland Protestantismus und Katholizismus nebeneinander existieren. Wir haben aber trotzdem feststellen können, dass wir in der Religionsfrage nicht nur grundsätzlich, sondern vielfach bis in die Formulierungen hinein eine gleiche Haltung einnehmen, wie unsere deutschen Freunde. Wir sind der Meinung, dass das Problem nicht dort zu suchen ist, wo man es vielfach zu finden glaubt, nämlich dass der Sozialismus als eine Art Weltanschauung eine Konkurrenz zur Religion oder gar eine Verdrängung der Religion sucht. Das ist bei uns ebenso wie in Deutschland völlig negiert worden. Der Sozialismus will keine Ersatzreligion sein, er lehnt es ab, auf die letzten weltanschaulichen Fragen vollgültige Antworten zu geben. Er sucht eine Ordnung dieser Welt und beschäftigt sich nicht mit metaphysischen Problemen. Wir sind ebenso wie unsere deutschen Freunde zu der Überzeugung gekommen, dass die Zeit angebrochen ist, in der beide Bewegungen - die religiöse wie die sozialistische - auf der Grundlage der gegenseitigen Toleranz weitgehende Übereinstimmung miteinander erzielen können. Eine Religion, die auf dem Grundsatz der Nächstenliebe beruht, hat starke Verwandtschaft mit den sittlichen Grundsätzen, von denen der Sozialist ausgeht; gleichgültig von welchen Motiven geleitet er sich zum Sozialismus bekannt hat. Wir glauben, dass die schmerzlichen Erfahrungen, die die christlichen Kirchen ebenso wie der Sozialismus mit den totalitären Diktaturen jeder Prägung in der letzten Zeit gemacht haben, viel dazu beigetragen haben, auch bei den Kirchen die Gensigkeit zu einer Verständigung auf diesem Boden zu verstärken. Wir hoffen aber, dass wir auf diesem Gebiet voran kommen, obwohl wir uns bewusst sind, dass die aus der Vergangenheit stammenden Schwierigkeiten nicht einfach zu beseitigen sind, dass es viel Geduld und Takt auf beiden Seiten brauchen wird, um hier voranzukommen.

+ + +

Besuch aus Afrika

ED - Der Besuch des Staatspräsidenten von Guinea, Sékou Touré, in Bonn verdient große Beachtung und Aufmerksamkeit. Er ermöglicht der Bundesrepublik nicht nur ein sichtbares Bekenntnis der aufrichtigen und freundschaftlichen Haltung, welche die führenden Politiker der deutschen Demokratie gegenüber der jungen westafrikanischen Republik einnehmen, sondern verschafft zugleich die Gelegenheit, im persönlichen Kontakt mit dem Staatsmann aus Guinea dringende Probleme des deutsch-afrikanischen Verhältnisses zu erörtern.

Die revolutionäre Entwicklung, die den gesamten afrikanischen Kontinent erfaßt hat, zwingt auch die Bundesrepublik, sich mehr denn je mit den dortigen Ereignissen zu befassen. Der Aufbau neuer und unabhängiger Staatswesen auf den Trümmern ehemaliger Kolonialreiche vollzieht sich in schneller Folge. Immer mehr Völker werden in naher Zukunft in den Kreis souveräner afrikanischer Nationen einziehen. Das Zeitalter des europäischen Kolonialismus ist zu Ende gegangen, und nur noch völlig Verrammte können der Auffassung sein, es sei möglich - wie etwa im Algerienkonflikt - die berechtigten Forderungen der dort lebenden Menschen nach Freiheit zu negieren und mit Gewalt niederzuhalten.

Um so entscheidender aber dürfte es sein, jenen aufstrebenden Nationen nicht nur die Hand der Sympathie entgegenzustrecken, sondern zugleich in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit ihnen daran zu gehen, konkrete Hilfe beim Aufbau einer eigenständigen Industrie sowie der Erhöhung des Lebensstandards zu leisten.

Die deutsche Sozialdemokratie hat von jeher auf diesen Tatbestand aufmerksam gemacht und sich in den parlamentarischen Gremien der Bundesrepublik für eine großzügige und möglichst umfassende Wirtschaftshilfe für die jungen Staaten in Afrika und Asien eingesetzt. Aus diesem Grunde knüpft sie nicht zuletzt an den Besuch des Staatspräsidenten von Guinea die Hoffnung, die Bundesrepublik werde ihre Leistungen auf diesem Gebiet steigern.

Es ist nicht unbekannt, daß gewisse europäische Staaten, die noch über umfangreichen Kolonialbesitz verfügen oder aber ihre früheren Kolonien gerne in einer bestimmter Form des Zusammenhalts mit dem ehemaligen Mutterland wissen wollen, den Absichten der Bundesrepublik für eine uneigennützig Hilfe für das unabhängige Afrika feindlich gegenüberstehen. Dies sollte Bonn nicht beeindrucken oder seiner Politik Fesseln anlegen. Denn entscheidend sollte in diesem Falle der Wille sein, der Demokratie und den Fortschritt eine dauernde Heimstatt in Afrika zu verschaffen. Das alles kann sich nur verwirklichen, wenn das Drängen der Völker dort nach Freiheit unterstützt wird. Unter diesem Gesichtspunkt muß der Besuch Sékou Tourés als gewichtiges Merkmal anerkannt werden. Ohne Zweifel hat das deutsche Volk dieses Zeichen verstanden.

Fragen, deren Beantwortung dringend notwendig ist

mu. - Rund 300 000 DM hat der ehemalige SS-Sturmbannführer und für das Euthanasiemordprogramm der Nationalsozialisten mitverantwortliche Professor Heyde für seine rund 2500 Gutachten seit 1950 als Honorar bekommen. Er bekam das Geld als Gutachter für hohe Gerichte in Schleswig-Holstein und als Obergutachter für die Landesversicherungsanstalt. Dabei steht dieser Mann, der jetzt in Würzburg in Untersuchungshaft sitzt, im Verdacht, den "Gnadentod" von rund 70 000 Patienten der Pflegeanstalten im Dritten Reich mit verschuldet zu haben.

Man fragt sich, wie es denn möglich war, daß dieser Mann in Schleswig-Holstein fast zehn Jahre lang unerkannt unter dem Namen Dr. Sawade tätig sein konnte. Keine Behörde forderte von ihm die ärztliche Approbationsurkunde, die auf den Namen des seit 1947 steckbrieflich gesuchten Professor Heyde lautet. Man fragt sich ferner, wer denn diesem Professor Heyde zu seinen falschen Personalausweisen, Führerschein und Pässen verhalf, die alle auf den Namen des Dr. Sawade lauteten. Es müssen doch in der Tat hohe Gesinnungsfreunde des SS-Professors gewesen sein, die da schützend die Hand über einen Mann hielten, der sich 1947 seiner Aburteilung im Nürnberger Ärzteprozeß des Alliierten Gerichtshofes durch die Flucht entzog.

Dabei ist Heyde der Einzige von sieben führenden Nationalsozialisten und Ärzten, die für die Euthanasiemorde Hitlers verantwortlich waren, der mit dem Leben davon kam. Der erste Begleitarzt Hitlers, Brandt, und der SS-Oberführer Brack, die 1939 in Hitlers Kanzlei die Pläne für das Mordprogramm entwickelten, wurden 1947 in Nürnberg zum Tode verurteilt und gehängt. Drei weitere begingen vorher Selbstmord. Es waren der mit dem Tötungsprogramm beauftragte Leiter von Hitlers privater Kanzlei, Reichsleiter Bouhler, der Leiter einer Erfassungskommission der zu Ermordenden, Reichsärztführer Conti, und der Reichskommissar für das Anstaltswesen im Reichsinnenministerium, Ministerialrat Linden. Der Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Sonnenstein in Sachsen, wo die meisten Morde in den Gaskammern erfolgten, Professor Nitsche, wurde in Dresden zum Tode verurteilt.

Professor Heyde aber, der noch 1947 als Zeuge in Nürnberg in einem anderen Ärzteprozeß ausgesagt hatte und dann vor Gericht kommen sollte, sprang in Würzburg, wo er im Krieg als Verfechter der Euthanasie die Psychiatrische Klinik geleitet hatte, aus dem Jeep und entkam der Militärpolizei. Am 5. November 1959 entkam er dreißig Minuten bevor die Identitätsprüfung Heyde/Sawade in Flensburg beginnen sollte, abermals. Er stellte sich aber dann dem Frankfurter Staatsanwalt Wolf, nachdem es ihm offenbar nicht gelungen war, von seinen am Starnberger See lebenden Angehörigen aus die Reichsgrenze in Richtung Ägypten zu seinem Freund Eisele zu überschreiten.

Der Justizminister von Schleswig-Holstein, der frühere Marine-stabsrichter und spätere Anwalt Dr. Leverenz hat einen Sonderbeauftragten eingesetzt, der jetzt prüfen soll, wie es möglich war, daß Heyde von den gegen ihn laufenden Ermittlungen Kenntnis bekam und wieso dieser Mann neun Jahre lang unter falschem Namen in Schleswig-Holstein praktizieren konnte. Dieser Sonderbeauftragte aber ist Generalstaatsanwalt Voss. Nur aber erklärte der Direktor der damaligen Landessportschule in Flensburg, Ferrey, Heyde sei unter dem Namen Sawade mit Hilfe seines besten Freundes, des damaligen Flensburger Staatsanwalts und jetzigen Generalstaatsanwalts Voss, Gerichtsarzt (Gutachter) und später Obergutachter der Landesversicherungsanstalt geworden. Voss, der bereits vor der Flucht Heydes in den Fall eingeschaltet war, hat das zwar scharf dementiert, aber keine Klage erhoben.

Nach dem Stand der Dinge muß man fordern, daß die Schleswig-Holsteinische Landesregierung einen Sachbearbeiter einsetzt, der weder im Internierungslager der früheren Nationalsozialisten nach Kriegsende in Gardeland bei Neumünster inhaftiert war noch Staatsanwalt für politische Straftaten im Reichsjustizministerium etwa unter dem damals amtierenden Reichsjustizminister, dem heute in Flensburg lebenden Dr. Schlegelberger, oder gar Staatsanwalt unter dem heute in Lübeck wohnenden Oberreichsanwalt bei den Volksgerichtshöfen, Lautz, gewesen ist. Es gibt eine Reihe von hohen Justizbeamten in Schleswig-Holstein, auf die das zutrifft.

Die Kehrtwendung der KP Frankreichs

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Die pro-gaullistische Wendung der Kommunistischen Partei Frankreichs geht weiter, als man zunächst angenommen hatte. Parteichef Thorez hat in einem langen Referat, das erst acht Tage später veröffentlicht wurde, zum ersten Mal nach langer Zeit wieder "Selbstkritik geübt". Die Kritik betrifft allerdings nicht ihn selbst, sondern seinen Kollegen Duclos, der, gemeinsam mit dem französischen Politbüro, die letzte Wendung Moskaus nicht rasch genug begriffen hat und gleich nach der Septemberproklamation de Gaulles den Algerienplan des französischen Staatschefs als "Manöver" hingestellt hatte.

Die Ursache dieser plötzlichen Loyalitätsbezeugung für de Gaulle wird von Thorez in knappen Worten zusammengefaßt: die internationale Lage habe sich geändert, eine "neue Situation" sei entstanden, gekennzeichnet durch die "Wiederherstellung der nationalen Größe" Frankreichs und der "französisch-sowjetischen Freundschaft". Die gemeinsame Ebene, auf der Gaullisten und französische Kommunisten zusammenfinden, liegt auf der Oder-Weißer-Linie. Thorez erklärte wörtlich:

"Die Regierung de Gaulles ist gezwungen, zu wiederholen: Wir sind für die Oder-Weißer-Grenze. Ausgezeichnet! ... Diese Haltung steht aber im Widerspruch mit ihrer Weigerung, sofort mit den beiden deutschen Staaten einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem diese Oder-Weißer-Friedensgrenze festgelegt ist. Sie steht auch im Widerspruch mit ihrer Haltung in Frage Westberlins, wo sie von Status quo spricht".

Die KPF versucht also, de Gaulle noch mehr auf die Oder-Weißer-Linie festzulegen. Das ist nicht verwunderlich, denn die KPF war schon früher, als sie noch in den ersten Regierungen de Gaulles vertreten war, stark nationalistisch eingestellt und forderte die Annexion nicht nur des Saar-, sondern auch des Ruhrgebietes. Man vertritt heute nicht mehr offen die Idee einer Zerstückelung Deutschlands, stemmt sich aber doch gegen die deutsche Wiedervereinigung.

Es wäre nicht zum ersten Mal, daß sich de Gaulle auf die KP stützt. Man darf nicht vergessen, daß er es war, der vor 17 Jahren die Kommunisten zum ersten Mal in eine französische Regierung aufnahm, zuerst in die Exilregierung in Algier und dann in die ersten Regierungen der vierten Republik. Die kommunistischen Minister schieden erst 1947 aus, mit Beginn des Kalten Krieges. Mit Beendigung des Kalten Krieges zwischen West und Ost zeichnen sich nicht nur in der französischen Außenpolitik, sondern auch in der französischen Innenpolitik neue Konstellationen ab, die auf gemeinsamen Interessen beruhen und zum Teil auf vergangene Erfahrungen zurückgreifen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel